



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
6. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.02.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:45 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Renate Prüß - SPD & FW		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI		
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Rainer Holtz - AfD		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Elke Landrath - SPD & FW		
Volker Nehrhoff - CDU		
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Beiratsmitglieder		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
Verwaltung		
Sandra Birkoben - Frauenbüro		bis TOP 4.2; 18:37 Uhr
Daniel Blank - FBC FB 2		
Karin Claus - Soziale Sicherung		nur öffentlicher Teil

Filiz Günsür - DOS HL	bis TOP 4.4; 19:24 Uhr
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	nur öffentlichen Teil
Dr. Stefan Ivens - 1.103 DOS	bis TOP 4.4; 19:24 Uhr
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	bis TOP 4.1 ; 17:30 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	bis TOP 3.6; 17:26 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Susanna Basler-Jensen - Jobcenter Lübeck	bis TOP 4.2; 18:44 Uhr
Erdem - AWO Interkulturell	bis TOP 4.3; 17:43 Uhr
Kai Kröger - Obdachlosenhilfe Lübeck e.V.	bis TOP 4.2; 18:44 Uhr
Karin Mechnich - AWO-Drogenhilfe	bis TOP; 19:43 Uhr
Christian Saar - Jobcenter Lübeck	bis TOP 4.2; 18:44 Uhr
Parva Soudikani - Forum für MigrantInnen	nur öffentlicher Teil
-	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sandra Odendahl - SPD & FW	entschuldigt
Beiratsmitglieder	
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Sachstand zur Situation der Geflüchteten in Lübeck	
3.2	Information zum Regelsatz für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften mit Catering	
3.3	Haushaltsbegleitbeschluss " Duschbus"	
3.4	Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Überlastete Frauenhäuser in Lübeck	VO/2024/12877
3.5	Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Situation männlicher Opfer von häuslicher Gewalt in Lübeck	VO/2024/12879
3.6	Information der Vorsitzenden zum "Appell in Sachen Sana-Kliniken"	
3.7	Informationen zum interfraktionellen Arbeitskreis "Krisenintervention"	
3.8	Informationen zum Antrag "Geburtenhaus"	
3.9	Anfrage Frau Akyurt zur Sondersitzung am 20.2.2024	
4	Berichte	
4.1	Bericht zur Ausschöpfung der Potenziale der Geflüchteten für den Arbeitsmarkt	
4.2	Bericht zur Migrationsberatungen in der Hansestadt Lübeck	
4.3	Digitale Strategie - Gesundheit und Soziales	
4.4	Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen: Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Erweiterung der Öffnungszeiten"	VO/2023/12823
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kom-	VO/2023/12461

	munale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	
6.1.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄA zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieter-schutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461-01
6.2	Die Unabhängige Volt-PARTEI Antrag: Ehem. Priwall-Krankenhausgelände der Grundstücks-Gesellschaft Trave übertragen	VO/2023/12775
6.3	SPD & FW, Linke & GAL: AT Quartiere stärken - Lebenswelten gestalten	VO/2024/12903-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931
7.2	AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931-01
7.3	Dringlichkeitsantrag AM Renate Prüß (Fraktion SPD & FW): Bericht zum Konzept zur Armutsbekämpfung	VO/2023/12819
7.4	AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	VO/2024/12914
7.4.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	VO/2024/12914-01
7.5	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck	VO/2024/12960
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie begrüßt die Gäste Herrn Kröger von der Obdachlosenhilfe e.V. Lübeck und Frau Erdem von der AWO Interkulturell.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit von TOP 7.5 von der Nachtragstagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss stimmt mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen gegen die Dringlichkeit des TOP 7.5.

Die Vorsitzende schlägt vor, den TOP 6.2 zu vertagen. Frau Akyurt bittet ebenfalls um die Vertagung und bittet, bei der erneuten Befassung Herrn Dr. Rasch von der Grundstücksgesellschaft Trave einzuladen.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen. Der Ausschuss entscheidet sich einstimmig für die Vertagung des TOP 6.2.

Frau Akyurt bittet zudem um die Vertagung der TOP 6.3 und TOP 7.3. Hierzu erklärt sie, dass sie sich hierzu mit dem Sozialplaner Herrn Zschech ausgetauscht habe und aufgrund dessen die Behandlung dieser Themen solange zurückgestellt werden soll, bis die Handlungsempfehlungen aus dem Teil B des Armuts- und Sozialberichtes vorliegen.

Herr Voht bemerkt hierzu, dass mit einer Zurückstellung aber auch Zeit zum Handeln verloren geht und bittet um die Information, wann mit dem Armuts- und Sozialbericht zu rechnen ist. In dem Zusammenhang spricht er sich dafür aus, die Vorlagen jetzt zu behandeln und die Verwaltung mit entsprechenden Aufträgen zu versorgen.

Frau Senatorin Steinrücke teilt mit, dass die Vorlage des Berichtes noch im 1. Halbjahr dieses Jahres behandelt werden soll.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag zu TOP 6.3 abstimmen. Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Vertagung des TOP 6.3.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag zu TOP 7.3 abstimmen. Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Vertagung des TOP 7.3.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen: Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Blank und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Abschließend lässt die Vorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Herr Müller-Lornsen beantragt für Frau Mechnich von der AWO zu TOP 4.4 das Rederecht. Der Ausschuss beschließt einstimmig Frau Mechnich das Rederecht zu erteilen.

“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.12.2023

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Niederschrift.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Sachstand zur Situation der Geflüchteten in Lübeck

Bevor Frau Schwartz die aktuellen Zahlen zu den Geflüchteten vorträgt, hat Frau Hartfuß die Gelegenheit bekommen, sich als neue Mitarbeitende der Stabsstelle Sonderaufgaben dem Ausschuss vorzustellen.

Frau Schwartz berichtet, dass entgegen der Prognose weniger Geflüchtete nach Lübeck gekommen sind und daher die Unterkünfte noch einzelne freie Plätze haben.

Weiter berichtet sie von einer Anwohner:innenversammlung in Eichholz zur Inbetriebnahme der Gemeinschaftsunterkunft im ehemaligen Hotel Gutenberg, bei der es mit wenigen Anwohner:innen einen guten Austausch gegeben hat.

In der Rückschau wird noch einmal berichtet, dass der Zulauf damals bei der Versammlung im Herrendamm größer war. Zu diesem Standort gibt es aber auch keine besonderen Vorkommnisse zu berichten.

Weiter berichtet Frau Schwartz, dass sich das DRK Lübeck am Projekt „Schutz- und Versorgungskompass SH“ beteiligt.

Frau Akyurt erfragt den aktuellen Stand für die Innenstadt-Unterkunft und ob dort auch eine Anwohner:innenversammlung geplant ist.

Frau Schwartz antwortet, dass es im Frühjahr noch umgesetzt wird und dann auch eine Infoversammlung geplant ist und dieser Termin über die Presse veröffentlicht werden wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Information zum Regelsatz für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften mit Catering

Frau Schwartz berichtet, dass es bei Geflüchteten, die in einer Gemeinschaftsunterkunft mit einem Catering-Angebot untergebracht sind, aufgrund einer Gesetzesänderung zum 01.01.2024 zu Regelsatzkürzungen kommt. Sie erläutert, dass es sich hierbei um Unterkünfte handelt, in denen den Geflüchteten nicht die Möglichkeit der eigenen Versorgung gegeben ist, weil z.B. Bestimmungen des Brandschutzes dem entgegenstehen.

Diese Kürzungen erfolgen auch beim Jobcenter für SGB II-Leistungsempfänger:innen, wenn diese in einer dieser Gemeinschaftsunterkünfte leben.

Herr Müller hinterfragt die Anzahl der Betroffenen. Dieses wird mit 14 Personen beim Jobcenter und ca. 92 Personen bei der Sozialen Sicherung benannt.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Haushaltsbegleitbeschluss " Duschbus "

Frau Schwartz trägt vor, dass die ca 30 Obdachlosen in Lübeck in den nachfolgend aufgeführten Häusern/Einrichtungen die Möglichkeiten zum Duschen haben:
Bodelschwinghaus, Sophie-Kunert-Haus, Zentrale Beratungsstelle in der Wahmstraße, Begegnungsstätte und zudem würden auch noch Gutscheine für die Zentralbäder ausgegeben werden, wenn dieses erforderlich ist.

Herr Kröger von der Obdachlosenhilfe e.V. stellt dar, dass für die Betreuung eines Duschbusses die dortigen personellen Kapazitäten nicht gegeben und die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind. Er verweist ebenfalls auf die Angebote zum Duschen und vertritt die Auffassung, diese Mittel eher anderswo einzusetzen.

Herr Müller-Lornsen begründet noch einmal die Intention des Antrages, Menschen zur erreichen, die sich den bisherigen bzw. dargestellten Möglichkeiten verwehren.

Herr Voht stellt noch detailliert dar, dass es sich hier um einen Haushaltsbegleitbeschluss handelt, der Träger das Geld für diesen Zweck nicht möchte, die Verwaltung gut dargestellt hat, dass es ausreichend Möglichkeiten zum Duschen in Lübeck gibt und jetzt die Verwaltung diesen Beschluss nicht umsetzen kann. Abschließend stellt er die Frage, in welchem Zustand die genannten Duscheinrichtungen sind.

Frau Senatorin Steinrücke führt aus, dass die Verwaltung bisher noch nicht diese Prüfung noch nicht vorgenommen hat. Zudem wurde auch noch nicht abschließend ermittelt, ob andere Träger freie Kapazitäten für das Betreiben eines Duschbusses haben und führt noch einmal aus, dass man sich hier bei dem Mitteln im investiven Bereich befindet.

Sie verweist außerdem auf die Sitzung des Runden Tisches Obdachlosigkeit, wo ein entsprechender Bedarf bestätigt wurde.

Hierzu sprechen im weiteren Frau Funk, die sich für den Start einer Kampagne zur Abfrage der Bedarfe ausspricht, Frau Akyurt, die wissen möchte, ob bei den bestehenden Duschmöglichkeiten Bedarfes für die Mittel bestehen und Herr Müller, der hinterfragt, ob man denn noch weiter Einrichtungen stärken will, die von den Betroffenen nicht genutzt werden.

Herr Ulrich führt aus, dass auch er die Einschätzung teilt, dass man ausreichend Möglichkeiten zum Duschen für Obdachlose in Lübeck vorhalte. Er schlägt vor, eine Befragung der Betroffenen durchzuführen oder ggf. die jetzigen Öffnungszeiten zu prüfen.

Herr Voht führt aus, dass unklar ist, warum die Betroffenen das bestehende Angebot nicht nutzen und fragt, zu wann die Verwaltung einen mündlichen Bericht zu den Bedarfen und Möglichkeiten geben könnte.

Hierzu sprechen Frau Gröschl-Bahr, die sich Herrn Voht Ausführungen anschließt und Herr Müller-Lornsen, der einen Prüfauftrag verliert:

„Die Verwaltung möge bis spätestens in der Juni-Sitzung des Sozialausschusses Optionen aufzeigen und bewerten, um die Unterstützungsangebote für obdachlose Menschen in Lübeck so zu verbessern und / oder zu erweitern, dass gezielt auch diejenigen Betroffenen erreicht werden, bei denen dies heute noch nicht oder nicht ausreichend der Fall ist. Dabei sollen insbesondere die Unterkunfts- und Hygienemaßnahmen betrachtet werden. Gespräche mit Akteuren wie der Diakonie Nord Nord Ost und der Obdachlosenhilfe sind dabei ebenso essentiell wie mit den Betroffenen.“

Herr Müller merkt an, dass dieses kein Prüfauftrag, sondern ein Berichtsauftrag sei.

Herr Voht führt an, dass dieser Berichtsauftrag wieder in einer Verwaltungsvorlage mündet und damit wieder viel Zeit ungenutzt bliebe. Er befürwortet einen mündlichen Bericht.

Frau Senatorin Steinrücke erinnert, dass es bereits einen Beschluss gibt, wonach zu den Haushaltsbegleitbeschlüssen berichtet werden wird, so dass es den verlesenen Prüfauftrag zusätzlich nicht erforderlich macht. Die Verwaltung wird in dem Bericht zum Haushaltsbegleitbeschluss die angeführten Punkte wie Bedarfe, Änderung der Öffnungszeiten usw. darstellen.

Abschließend stellt Herr Kröger noch einmal dar, dass nicht der Eindruck entstehen darf, die Obdachlosenhilfe hätte sich aktiv um die Einrichtung eines Duschbusses bemüht und würde nun das Angebot ablehnen. Vielmehr sieht die Obdachlosenhilfe andere notwendige Bedarfe, um diesem Personenkreis eine Unterstützung zukommen zu lassen, ein Duschbus gehört bei dem bestehenden guten Angebot von Duschköglichkeiten in der Stadt nicht dazu.

Der Ausschuss verzichtet auf den verlesenen Prüfauftrag und wartet die Vorlage zu den Haushaltbegleitbeschlüssen ab.

<p>zu 3.4 Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Überlastete Frauenhäuser in Lübeck Vorlage: VO/2024/12877</p>

Frau Schwartz berichtet von der seit Jahren bekannten Überlastung der beiden Lübecker Frauenhäuser. Sie stellt dar, dass es auch Abweisungen geben hat, die nicht nur in der Überlegung begründet sind, sondern z.B. wenn auch männliche fast erwachsene Söhne mit unterzubringen sind. Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser und alle Beteiligten versuchen mit äußerster Anstrengung für diese Frauen eine Unterbringung zu finden, damit ein Rückzug in den gewaltbelasteten Haushalt entfällt.

Sie stellt dar, dass die Überbelastung der Frauenhäuser regelmäßig dem Land mitgeteilt werden. Sie erinnert auch noch einmal daran, dass es eine Landesaufgabe ist und die Stadt sich finanziell beteiligt, weil die Bemühungen des Landes bei weitem nicht auskömmlich sind.

Frau Birkoben ergänzt die Ausführungen von Frau Schwartz mit statistischen Zahlen.

Herr Müller sieht damit die Frage 2 nicht beantwortet und Frau Siegenbrink möchte noch einmal wissen, was mit den abgewiesenen Frauen passiert.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass man seitens der Stadt im Gespräch mit den Frauenhäusern sei und man auch beim Land deutlich gemacht hat und deutlich machen muss, dass die Sparpläne nicht bei den Frauenhäusern umgesetzt werden dürfen. Zudem führt sie aus, dass es auch Zielgruppen gibt, die in Frauenhäusern nicht untergebracht werden können, obwohl diese von Gewalt bedroht sind z.B. behinderte oder psychisch kranke Frauen. Im Vergleich gibt es in Lübeck eine gute Versorgung und Kiel und Lübeck sind die einzigen kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein mit einer kommunalen Finanzierung.

Frau Siegenbrink merkt an, dass grundsätzlich nicht zu wenig Plätze vorhanden sind, es aber an Wohnraum fehlt, damit Frauen ausziehen können.

Herr Wulf stellt dar, dass das Land auch bemüht ist, den Auszug der Frauen aus den Frauenhäusern zu unterstützen.

Herr Voht erinnert noch einmal daran, dass es eine Landesaufgabe ist und die Stadt als Kommune hier seit Jahren bereits finanziell unterstützend tätig ist. Es sollte nach seiner Auffassung noch einmal ein Appell an das Land gerichtet werden.

Frau Birkoben erklärt, dass es zwar das Wissen gibt, dass Frauen abgewiesen wurden, aber nicht erhoben wird, wie es dann für diesen Personenkreis weitergegangen ist.

Henn Müller spricht sich für eine Ausweitung der kommunalen Finanzierung zum Haushalt 2025 aus.

Herr Speckmann erfragt, ob für diese Frauen, sofern dieses Leistungsbezieher:innen sind, Hotelkosten übernommen werden könnten.

Hierzu gibt Frau Senatorin Steinrücke zu bedenken, dass in Hotels dennoch keinen Schutz vor der Gewalt gegeben ist. Das wäre nur eine räumliche Trennung. Frauenhäuser bieten neben einen wesentlich größeren Schutzraum auch die Betreuung an.

Frau Gröschl-Bahr macht noch einmal deutlich, dass es eine Landesaufgabe ist und es dort noch einmal platzieren werden sollte. Zudem schlägt sie vor, die anwesenden Mitarbeiterinnen des Frauenhauses zu hören.

Frau Prüß erklärt, dass die Bedeutung der Frauenhäuser deutlich geworden ist und schlägt vor, das Thema noch einmal auf einer der nächsten Sitzungen komplexer zu behandeln.

Frau Senatorin Steinrücke erinnert daran, dass dieses Thema auch auf der Tagesordnung im Hauptausschuss steht.

Frau Akyurt stellt dar, dass Lübeck in diesem Bereich schon sehr viel leistet, schlägt vor, dass man sich beim Land dafür einsetzt, dass hier die Mittel nicht gekürzt werden und hält eine Erhöhung der Platzzahlen nicht für ausreichend, sondern würde dieses Thema gern im Kontext der Istanbul-Konventionen mit auf die Tagesordnung nehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Wir bitten den Bürgermeister um Beantwortung der Fragen:

1) Wie wurde der Schutz der Frauen und ihrer Kinder 2023, die von häuslicher Gewalt betroffen waren und keinen Platz in einem der Lübecker Frauenhäuser erhalten konnten, sichergestellt?

2) Kam es im Falle von Nichtaufnahme schutzsuchender Frauen (und ggf. ihrer Kinder) in den Frauenhäusern Lübeck in 2023 dazu, dass die betroffenen Frauen (ggf. mit Kindern) wieder in ihr Zuhause zu dem Gewalt ausübenden Menschen zurückkehren mussten oder in die Obdachlosigkeit (ggf. Notunterkünfte) ohne Gewaltschutz gerieten? Falls ja: Wie viele Frauen und Kinder waren von einer dieser zwei Konsequenzen aufgrund fehlender Plätze in Lübecks Frauenhäusern betroffen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Situation männlicher Opfer von häuslicher Gewalt in Lübeck
Vorlage: VO/2024/12879**

Frau Schwartz erklärt, dass es in Lübeck keine Schutzräume für männliche Opfer von häuslicher Gewalt und es insgesamt 37 Fälle gab und davon 13 Wegweisungen gegeben hat.

Herr Müller erfragt, ob hiervon auch Kinder betroffen waren. Frau Schwartz berichtet von 15 betroffenen Kindern in diesem Zusammenhang.

Frau Birkoben berichtet, dass es im Jahr 2022 insgesamt 791 Opfer von häuslicher Gewalt in Lübeck gegeben hat. Davon sind 591 Opfer weiblich und 200 Opfer männlich gewesen. Wichtig: Hier sind div. Fälle denkbar: Frau gegen Frau; Mann gegen Frau; Frau gegen Mann usw. und auch Wiederholungen sind in diesen Zahlen enthalten.

Hierzu sprechen Herr Müller und Herr Voht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Wir bitten den Bürgermeister um Auskunft über die Situation von Lübecker Männern, die von häuslicher Gewalt in 2023 betroffen waren:

- 1) Wie viele Lübecker waren betroffen? (Hellfelddaten und sofern vorhanden auch Dunkelfelddaten)
- 2) Wie viele diese Männer baten um Schutzraum, wie er in Frauenhäusern für weibliche Opfer häuslicher Gewalt besteht?

Wenn keine erbetene Schutzunterkunft möglich war:

- 3) Wie viele Lübecker betraf es und welche Konsequenz hatte das für die von häuslicher Gewalt betroffenen Lübecker?
- 4) Wenn Väter mit Kindern um Schutzunterkunft baten, bitten wir darum, dass die Antworten zu den Fragen 1-3 auch die Kinder einbeziehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6 Information der Vorsitzenden zum "Appell in Sachen Sana-Kliniken"

Frau Prüß berichtet, dass das Rechtsamt rechtliche Bedenken gegen den Appell des Ausschusses für Soziales in der letzten Sitzung zum Neubau/Umbau der Sana-Klinik getroffen wurde hat, da dieser Appell nur durch die Bürgerschaft erfolgen darf. Zu diesem Zwecke wird es eine Vorlage für die nächste Bürgerschaftssitzung geben. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 Informationen zum interfraktionellen Arbeitskreis "Krisenintervention"

Herr Dr. Mischnik berichtet vom Treffen des Arbeitskreises und den damit erarbeiteten Auftrag an die Politik, wie hier weiter verfahren werden soll. Er stellt die Frage, ob ein weiteres Treffen des Arbeitskreises erforderlich sein wird.

Herr Müller-Lornsen erklärt, dass ein weiteres Treffen entbehrlich sein wird und kündigt an, sich mit der Verwaltung selbst in Verbindung setzen zu wollen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8 Informationen zum Antrag "Geburtenhaus"

Herr Dr. Mischnik berichtet, dass sich das Geburtenhaus derzeit in der Umgestaltung der Rechtsform zu einer GmbH befindet. Gleichzeitig soll ein gemeinnütziger Förderverein gegründet werden, um die Möglichkeiten zu schaffen, Spendengelder einzuwerben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.9 Anfrage Frau Akyurt zur Sondersitzung am 20.2.2024

Frau Akyurt erfragt, wann die Vorlagen für den Sondersitzungstermin fertig vorliegen werden, damit sich der Ausschuss mit den Unterlagen vertraut machen kann. Grundsätzlich sind die Vorlagen bereits im Gremienlauf und werden mit der Einladung am 12.02.2024 versandt. Frau Senatorin Steinrücke sagt die Prüfung des vorherigen Versandes zu. Zudem berichtet sie, dass auch Fa. Drees und Sommer eingeladen werden und es eine ausführliche PPP geben wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Bericht zur Ausschöpfung der Potenziale der Geflüchteten für den Arbeitsmarkt

Herr Saar stellt anhand eine Power Point Präsentation die Potenziale der Geflüchteten für den Arbeitsmarkt vor. Er berichtet davon, dass inzwischen beschäftigungsbegleitend die Sprache vermittelt wird. Außerdem werden die beruflichen Anerkennungen zur Qualifikationen selbst vom Jobcenter vorgenommen und sind dadurch schneller als vorher.

Er berichtet von der guten Zusammenarbeit mit der Ausländermeldebehörde und würde sich wünschen, dass seitens der Arbeitgebenden mehr Mut bestehen würde und nicht zu Beginn ein so hohes Sprachniveau gefordert würde. In Teilbereichen ist das natürlich zwingend erforderlich, aber es gibt auch Bereiche, da könnte eine geringere Sprachkompetenz ausreichend sein.

Hierzu sprechen Frau Akyurt, Frau Gröschl-Bahr und Herr Müller, die erfragt, wie lange die Anerkennungsverfahren dauern. Aktuell liegt die Dauer bei 9-12 Monaten.

Herr Müller erfragt, ob die erwerbstätigen Geflüchteten zudem noch Leistungen benötigen. Dieses muss bejaht werden, was aber auch u.a. an der Größe der Familie liegen könnte.

Frau Basler-Jensen stellt sich hierzu noch als Teamleitung des neuen Team „Sprache“ im Jobcenter vor und berichtet von ihren bisherigen Erfahrungen aus der Arbeit.

Frau Prüß bedankt sich für den Vortrag und insbesondere für die guten Botschaften.

Frau Akyurt verweist auf das Welcome-Center in Kiel und erfragt, wie Auswirkungen für Lübeck sind. Sie erfragt, ob es Sinn macht, Mitarbeitende des Welcome-Centers in den Sozialausschuss einzuladen.

Herr Saar erklärt, dass es hier darum geht gezielt Ausländer:innen für bestimmte Berufe/Jobs in Deutschland anzuwerben. Hier ist keine Verbindung zu dem Kontext Geflüchtete gegeben.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet dazu, dass bei einer „Anwerbung“ das Welcome-Center bei den Rahmenbedingungen behilflich ist, wie z.B. die passende Wohnung. Die Ausweitung auf den Personenkreis der Geflüchteten wäre zukünftig auch wünschenswert.

Frau Gersdorf merkt anschließend an, dass nach Ihren Erfahrungen die Erreichbarkeit der Ausländermeldebehörde nicht gut ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2 Bericht zur Migrationsberatungen in der Hansestadt Lübeck

Frau Rummert und Frau Erdem stellen anhand einer Power Point Präsentation die Migrationsberatung und die aktuelle Situation vor.

Herr Kröger erfragt, wonach sich bemisst, wie viel Migrationsberatung Lübeck braucht, welche Qualifikation die Beratenden benötigen, wieso es bei verschiedenen Träger erfolgt und nicht bei einem Träger gebündelt wird und wie die Ziele definiert werden bzw. wie der Erfolg gemessen/evaluiert wird.

Frau Erdem erläutert, dass anhand des Ausländerzentralregisters und der Menge der Integrationskurse durch den Bund eine Statistik geführt wird, aus der sich der Bedarf ergibt.

die Bemessungsgrundlage der Bund vornimmt anhand des Ausländerzentralregisters und der Menge der Integrationskurse. Die Beratenden sind meistens Sozialpädagog:innen oder haben eine ähnliche Praxiserfahrung. Die Zielerfassung erfolgt mit Hilfe von Statistiken. Die verschiedenen Trägerschaften haben sich in Lübeck bewährt, weil zum einen keine Konkurrenz besteht, sondern ein guter trägerübergreifender Austausch stattfindet und man gut zusammenarbeitet. In Lübeck haben die einzelnen Beratungsstellen besondere Schwerpunkte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Digitale Strategie - Gesundheit und Soziales

Herr Dr. Ivens und Frau Günsür stellen anhand einer Präsentation das Projekt Social Smart City vor.

Herr Speckmann geht um 19:07 Uhr

Hierzu merkt Frau Dr. Schleker an, dass in diesem Punkt die Mitnahme der älteren Bevölkerung mitgedacht werden muss, da diese Kompetenzen noch nicht haben.

Frau Senatorin Steinrücke teilt hierzu mit, dass es in Bezug auf die Neuausrichtung der SIE berücksichtigt ist und es auch bereits jetzt in den Quartieren Angebote über Leben und Wohnen im Alter gibt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.4 Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen: Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Erweiterung der Öffnungszeiten"
Vorlage: VO/2023/12823**

Frau Mechnich berichtet, dass die Begegnungsstätte gut angenommen wird. Es ist eine 25 % Steigerung der Besucherzahlen zu bemerken. Die Ausweitung der Öffnungszeiten war bisher noch nicht möglich, weil das Personal noch nicht an Bord war. Aber es wird wohl im März umgesetzt werden können. Sie teilt mit, dass inzwischen Hausversammlungen stattfinden und auch seitens der Besucher:innen Wünsche nach Aktivitäten/Beschäftigung (z.B. Hochbeet) geäußert werden, die man versucht umzusetzen.

Herr Müller-Lornsen erfragt, wie die Besucher auf die Begegnungsstätte aufmerksam geworden sind und ob es alles Lübecker:innen sind und ob das Klientel auch aus dem Lübecker Umland kommt.

Frau Mechnich antwortet, dass viel über die Straßensozialarbeit bekannt gemacht wird und auch über Mund-zu-Mund-Propaganda. Die Erfahrungen zeigen, dass die Klientel ca. zu 90 % aus Lübecker:innen besteht und nur ein geringer Teil z.B. eine Postadresse in einem Nachbarkreis hat, sich aber in Lübeck aufhält.

Sie berichtet ferner von den festen Angeboten wie z.B. Mahlzeiten, einer Frauengruppe, Checkpoint HIV, Gesundheitsmobil und Impfmöglichkeiten, Betreuung für substituierte Menschen und psychosoziale Betreuung. Dazu werden Filmenachmittage und Kickerturniere angeboten.

Frau Akyurt erfragt, ob es zu Störungen im Umfeld gekommen ist.

Es liegen keine entsprechenden Meldungen vor.

Frau Akyurt erfragt die Rückmeldung von Anwohner:innen zur Begegnungsstätte gibt. Es gab keine Rückmeldungen. Frau Senatorin Steinrücke ergänzt, dass eine Infoveranstaltung für die Anwohner:innen mangels Anmeldungen abgesagt wurde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Vorsitzende schlägt aufgrund der vorgerückten Uhrzeit vor, die restlichen noch offenen Tagesordnungspunkte in die Sitzung am 20.2. zu verschieben.

Hierzu erklärt Herr Müller, dass TOP 7.4 auch in die Märzsession verlagert werden kann. (Anmerkung der Protokollführung: Nach Absprache mit Herrn Müller-Lornsen wird auch der TOP 7.4.1 in die März-Sitzung verlagert).

Frau Akyurt merkt an, dass für künftige Präsentationen eine zeitliche Begrenzung vorab kommuniziert werden sollte, weil zwar alles interessant ist, aber es doch zum Teil zu lang wird.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Verlegung der restlichen TOP..

Beschluss:

Umsetzung des von der Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 28.09.2023 beschlossenen Haushaltsbegleitbeschlusses:

„Begegnungsstätte Wallhalbinsel: Das Budget der Begegnungsstätte auf der Wallhalbinsel wird um 160.000 € für die Erweiterung der Öffnungszeiten (90.000 €) und Ausgabe von Getränken (70.000 €) erhöht.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 6 **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

zu 6.1 **Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!**
Vorlage: VO/2023/12461

Vertagt in die Sitzung am 20.02.2024

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenberatungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen.

Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts. Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kaution
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.1.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄA zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461-01**

Vertagt in die Sitzung am 20.04.2024

Beschluss:

Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im März 2024 berichten, welche Beratungsstellen im Bereich Mietrecht in Lübeck aktiv sind und wie diese ausgelastet sind bzw. welcher Mietrechtsberatungsbedarf noch zusätzlich besteht und bisher nicht gedeckt werden kann.

Bis zur Sozialausschusssitzung im Juni 2024 ist darüber hinaus ein Konzept vorzulegen, wie die vorhandenen Angebote den Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher gemacht werden können und Menschen, die Unterstützung brauchen, diese schneller finden können. Dabei ist insbesondere auf die Möglichkeiten einzugehen, mehr Beratungsangebote in die Quartiere zu verlagern. Sollten sich zusätzliche Bedarfe ergeben, die bisher nicht gedeckt werden können, ist in dem Konzept aufzuzeigen, wie diese zusätzlichen Beratungsbedarfe erfüllt werden können. Hierbei ist vorrangig zu berichten, wie Beratungen zum Wohnraummietrecht in die bestehenden Strukturen der sozialen Sicherung unter Beteiligung der vorhandenen Stadtteilbüros integriert werden könnten. Es ist zu prüfen, ob solche Beratungen ohne zusätzlichen Personaleinsatz durch Umschichtung bestehender Beratungsangebote oder durch andere Umschichtungen organisiert werden könnten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.2 Die Unabhängige Volt-PARTEI Antrag: Ehem. Priwall-Krankenhausgelände der Grundstücks-Gesellschaft Trave übertragen
Vorlage: VO/2023/12775**

Vertagt in die März-Sitzung

Beschluss:

Das Grundstück des ehem. Krankenhausgeländes auf dem Priwall mit den darauf stehenden Gebäuden soll auf die Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH übertragen werden, damit diese die dortigen Gebäude zu preisgünstigen Wohnungen entsprechend den Vorgaben der Stadtverwaltung umbauen kann. Diese Übertragung sollte als Kapitalerhöhung durch Sacheinlage bei der Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<p>zu 6.3 SPD & FW, Linke & GAL: AT Quartiere stärken - Lebenswelten gestalten Vorlage: VO/2024/12903-01</p>

Vertagt bis zur Vorlage des Armuts- und Sozialberichtest

Beschluss:

Die Fraktionen SPD & FW, Linke & GAL sehen die Notwendigkeit, die Sozialraumorientierung in Lübeck konzeptionell weiter auszubauen und als grundsätzliches Strukturprinzip für soziale Dienstleistungen einzuführen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zur quartiersbezogenen Ausrichtung und Organisation der Angebote des Fachbereichs 2 zu erarbeiten. Bestehende Konzepte und Prozesse des Fachbereiches, wie z.B. „Wohnen und Leben im Alter“ sollen dabei eingebunden und im Sinne einer konsequenten quartiersbezogenen Ausrichtung weiterentwickelt werden.

Dabei sollen alle relevanten Akteur:innen inkl. Politik und Adressat:innen aktiv eingebunden werden sowie Schnittstellen zu bereits bestehenden Planungsprozessen, vor allem aus dem Fachbereich 4, berücksichtigt werden.

Ziel ist eine Weiterentwicklung zu einem umfassenden und integrierten Konzept einer quartiersbezogenen und lebensweltorientierten Ausrichtung der Angebote unter Einbeziehung der Sozialplanung, der Kinder- und Jugendhilfeplanung sowie der Kulturentwicklungsplanung.

Folgende Fragestellungen sind besonders zu berücksichtigen:

Welche Angebote/Hilfen werden bereits stadtteilbezogen organisiert und welche Erfahrungen gibt es bezüglich der Wirksamkeit?

Welche Angebote/Hilfen sollten zentral bleiben und ggfs. in Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf ausstrahlen bzw. zeitweise angeboten werden?

Welche Angebote/Hilfen sollten konsequent und standardmäßig in die Stadtteile verlagert werden, um auch fallübergreifend die Lebensbedingungen positiv beeinflussen zu können?

Wo gibt es Lücken in den bedarfsgerechten Angeboten z.B. Angebote für Menschen mit Behinderung, Senior:innen etc., die neu geschaffen werden müssen?

In welcher Zeitschiene können Planung und Umsetzung erfolgen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931**

Vertagt in die Sitzung am 20.02.2024

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das Salut (finanziell) unterstützt werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden. Das Salut ist bereits von der Schließung bedroht, sodass Eile geboten ist und bereits in der März-Sitzung erste Ergebnisse erwartet werden. Zu dieser Sitzung sollen die Betreiberin des Begegnungstreffs zur Vorstellung der Einrichtung und der aktuellen Situation eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931-01**

Vertagt in die Sitzung am 20.02.2024

Beschluss:

Der Antrag VO/2024/12931 wird folgendermaßen geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das „Salut“ finanziell zu unterstützen werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Dringlichkeitsantrag AM Renate Prüß (Fraktion SPD & FW): Bericht zum Konzept zur Armutsbekämpfung
Vorlage: VO/2023/12819**

Vertragt bis zur Vorlage des Armuts- und Sozialberichtes

Beschluss:

Die Verhinderung von Einkommensarmut ist in erster Linie eine bundespolitische Aufgabe. Dennoch hat kommunale Prävention und Bekämpfung von Armutsfolgen einen hohen Stellenwert für das soziale Miteinander in unserer Stadt. Es wurden in den letzten Jahren viele verschiedene psychosoziale Maßnahmen hierzu auf den Weg gebracht.

Diese gilt es weiterzuentwickeln und an veränderte Lebensbedingungen der Menschen anzupassen. Die Identifizierung von Lücken und die Überprüfung, ob bestehende Hilfen so strukturiert sind, dass sie auch bei den Menschen ankommen, sind dafür grundlegende Voraussetzung.

Der Bürgermeister wird beauftragt zu berichten:

1. Welche Angebote es bereits gibt, um Menschen in relativer Armut zu unterstützen, die keine Rücklagen haben und in Not geraten.
2. Welche Hilfemöglichkeiten bieten die Stadt bzw. freie Träger an, wenn keine finanziellen Mittel mehr da sind z.B. für Lebensmittel, Strom, Miete, benötigte Kleidung für Kinder, Ersatzbeschaffung für wichtige Haushaltsgeräte, Schulutensilien etc.,
3. An wen können sich die Menschen wenden, wenn sie in soziale Not geraten und wie erfahren sie von den Angeboten?
4. Ist die Einrichtung stadtteilorientierter Fonds eine Möglichkeit bisherige Hilfen zu bündeln bzw. zu ergänzen und damit niedrigschwellig und dicht am Bedarf die Not der Menschen zu bekämpfen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.4 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote
Vorlage: VO/2024/12914**

Vertagt in die März-Sitzung

Beschluss:

Um die Themen „psychische Erkrankungen“ und „Suizidalität“ in der Stadt Lübeck sichtbar zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kampagne zu gestalten, die auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam macht.

Denkbar wären Mottos wie "Du bist nicht allein!" oder "Wir sind für dich da!".

Die Kampagne soll mit Flyern, Plakaten und einem Social-Media-Team gestaltet werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.4.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote
Vorlage: VO/2024/12914-01**

Vertagt in die März-Sitzung

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob im Jahr 2024 in der Stadt Lübeck eine Aufklärungskampagne zum Thema "Psychische Erkrankung" und "Suizidalität" realisiert werden kann.

Ziel ist es, auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und das Thema in den Fokus zu rücken.

Der Prüfauftrag zielt auf die Kosten für die Durchführung und die Art/Umfang einer solchen Kampagne sowie auf die zeitnahe Umsetzung ab.

Wir erwarten eine Rückmeldung im zweiten Quartal 2024, die dem Sozialausschuss vorgelegt werden soll.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.5 Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck
Vorlage: VO/2024/12960**

Vertagt in die Sitzung am 20.02.2024

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt:

Der Bürgermeister Jan Lindenau setzt sich gemeinsam mit Frau Steinrücke, Senatorin für Wirtschaft und Soziales, auf Landesebene dafür ein, dass Schleswig-Holstein auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete verzichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:44 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:44 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende trägt vor, dass die Niederschrift genehmigt wurde und schließt um 19:45 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 5. März 2024

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung